

Marzahn- Hellersdorf

32. Jahrgang / August 2022

links

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

Keine Verzögerungen bei Schulsanierungen und Schulneubau!

Im Juli ist bekannt geworden, dass die grün geführte Senatsfinanzverwaltung eine Verschiebung von dringend notwendigen Investitionsmitteln in den Berliner Bezirken plant. Hiervon betroffen ist auch der Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Drei Maßnahmen im Bereich der Schulsanierungen und des Schulneubaus sollen verschoben werden. Ebenfalls sollen drei Straßenbauvorhaben Jahre später umgesetzt werden.

Im Schulbereich geht es konkret um die Verschiebung der Sanierung der Grundschule an der Mühle von 2024 auf 2028 und der Falken-Grundschule von 2026 auf 2028 sowie den Neubau einer Sporthalle für die Fuchsberg-Grundschule ebenfalls von 2026 auf 2028. In Bezug auf den Straßenbau soll u.a. der zweite Bauabschnitt der Hellersdorfer Straße von 2024 auf 2027 verschoben werden.

Die nunmehr angedachten Verschiebungen sind faktisch eine Mittelkürzung, denn die Planungen sind eng aufeinander abgestimmt und erlauben keine spätere Umsetzung. Die Grundschule an der Mühle beispielsweise ist in einem schlechten bau-

lichen Zustand, bestimmte Standards des Brand-schutzes können nicht mehr erfüllt werden. Der Bau von temporären Ersatzräumen ist bereits im Gange und findet im Einklang mit dem bisherigen

tenliste stehen. Wir fordern den Finanzsenator auf, die Schulbauoffensive in Berlin konsequent fortzuführen. Der Senat muss das Verzögerungs-Vorhaben der Finanzverwaltung stoppen und gegenüber den Bezirken für Klarheit und Verlässlichkeit sorgen. Derartige Verschiebungen von Investitionen sind faktische Mittelkürzungen, denen wir laut und deutlich in der Bezirksverordnetenversammlung, im Bezirksamt und im Abgeordnetenhaus widersprechen werden.

SARAH FINGAROW, KRISTIAN RONNEBURG,
BJOERN TIELEBEIN



Start der Baumpatenschaften für Marzahn-Hellersdorf

Die aktuelle Dürre aktiviert viele Menschen, auch die Bäume im öffentlichen Straßenland mit Wasser zu versorgen. Auch wenn die Kanne Wasser oder der Wassersack nicht die große Trockenheit und das prinzipielle Regendefizit ausgleichen kann, unterstützt Juliane Witt als Umweltstadträtin alle Bürgerinnen und Bürger, die sich für junge Bäume und deren Überleben einsetzen.

Fortsetzung auf Seite 2

Zeitraum der geplanten Sanierung statt. Weiterhin gibt es bereits vertragliche Bindungen im Zusammenhang mit der Sanierung, die zu Schadensersatzforderungen führen können.

Den Plan des Finanzsenators, der die Schulbauoffensive ausbremsen wird, nehmen wir nicht widerspruchlos hin. Gerade die Sanierung der Grundschulen muss ganz oben auf der Prioritäts-



Juliane Witt als Baumpatin.

Außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2: DIE LINKE spendete für Ferienlager / Zugang zu öffentlichen Toiletten

Seite 3: Rente mit 70? / Petra Pau: Ost-West, arm-reich / Gegen die drohende Gaskrise

Seite 4: Kristian Ronneburg: 9-Euro-Ticket / Sommer - Freibad

Seite 5: Erfurter Parteitag: Neuer PV / Ortsverbände gegründet

Seite 6: Tipps und Termine / Hinten links: Grundsteuer

Innenseiten I und II:

Aus der BVV-Linksfraktion:

- Schwimmen können ... / Bäckerpfuhl / Öffentliches WLAN

- Verkehrsberuhigung Münsterberger Weg / 1000 Bäume für Marzahn-Hellersdorf

Folgen Sie uns:



<https://www.facebook.com/DIELINKE.Marzahn.Hellersdorf>



https://www.instagram.com/dielinke_mahe/



https://twitter.com/DIE_LINKE_MaHe

Wollen Sie **Marzahn-Hellersdorf links** regelmäßig lesen? Dann teilen Sie uns Ihren **Abowunsch** mit an:
bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de
mit Betreff: **MaHeli-Abo**
oder per Telefon: **030 5412130**

DIE LINKE spendete für Ferienlager

Lares e.V. ermöglichte in diesem Sommer zusammen mit Vision e.V. 16 Kindern eine Ferienfreizeit. Die Vereine wollen mit dieser Kooperation insbesondere einen Beitrag zur Unterstützung von Kindern aus Familien auf der Flucht leisten. Sie richtet sich sowohl an alle Kinder der russischen und ukrainischen Community, aber auch darüber hinaus an alle Kinder mit Migrationshintergrund aus Marzahn-Hellersdorf. Die Grundfinanzierung der Kinderplätze erfolgte über Mittel aus der Ferienlagerfinanzierung des Lares e.V. durch Fördermittel des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf. Für den noch notwendigen Eigenanteil der Teilnehmer*innen sprang der Verein der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus ein.

Bjoern Tielebein und Kristian Ronneburg (li.) unterstützten den Antrag und konnten gemeinsam mit Gregor Gysi (re.) dem Vereinsvorsitzenden Fritz Gläser (2.v.re.) in der Marzahner „Golfria“ den Spendenscheck in Höhe von 1120 Euro überreichen.



Zugang zu öffentlichen Toiletten für alle und am besten kostenfrei

Mit dem 2018 geschlossenen Toilettenvertrag hat Rot-Rot-Grün einen ersten wichtigen Schritt unternommen, diesen wichtigen Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Hauptstadt zu stärken. Die damalige Entkopplung von Werbeverträgen und Toilettenversorgung wurde vor allem von der CDU kritisiert, aber heute hat Berlin mehr moderne und barrierefreie öffentliche Toiletten als je zuvor. Die Aufstellung neuer Toiletten hängt heute endlich nicht mehr von Werberechten im öffentlichen Straßenland ab, sondern wird eigenständig abgesichert.

tige Ankündigung, dass die nicht in den Test einbezogenen Toiletten nur noch mittels bargeldloser Bezahlssysteme genutzt werden können. Damit wird ausgerechnet den Menschen der Zugang zu einem großen Teil der öffentlichen Toiletten verwehrt, die am häufigsten auf diese angewiesen sind, nämlich Ältere und Obdachlose. Während für ältere Menschen die Nutzung von Kartensystemen nach wie vor ungewohnt ist, verfügen Obdachlose nur höchst selten über Geldkarten.

Die angekündigte Testphase für die kostenlose Benutzung der WC ist eine Chance, damit dies zur



Anfang August kündigte die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz an, dass nach einer Einbruchserie und damit einhergehenden Kostensteigerungen testweise 50 öffentliche Toiletten kostenfrei zugänglich gemacht werden sollen. Als Linksfraktion haben wir uns zuletzt in den Haushaltsverhandlungen dafür eingesetzt, dass öffentliche Toiletten für alle kostenfrei zugänglich sind. Wir freuen uns, wenn dieses Ansinnen nun endlich auch von den Koalitionspartnern teilweise befürwortet wird.

Die Freude wird jedoch getrübt durch die gleichzei-

Normalität werden kann. Sie darf aber nicht zum Feigenblatt für die Einführung bargeldloser Bezahlssysteme werden, über die Menschen von dieser grundlegenden öffentlichen Infrastruktur praktisch ausgeschlossen werden. Das ist für uns nicht hinnehmbar.

Öffentliche Toiletten in Berlin sollten für alle kostenlos nutzbar sein, so wie es in vielen anderen europäischen Metropolen bereits seit Langem gang und gebe ist.

DR. MANUELA SCHMIDT
KRISTIAN RONNEBURG

Fortsetzung von Seite 1:

Start der Baumpatenschaften für Marzahn-Hellersdorf

Umweltstadträtin Juliane Witt: „Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf unterstützt das ehrenamtliche Engagement ausdrücklich und dankt allen Bürgerinnen und Bürgern, die im Bezirk tätig werden und vor allem die bis zu zwei Jahre alten Jungbäume in der Dürre unterstützen. Da es in der Stadt an vielen Orten Gießsäcke gibt, werden diese Plätze im Bezirk besonders gekennzeichnet sein. „Hier gießen Baumpaten“, sodass auch allen Nachbarn deutlich wird, dass hier eine Baumpatenschaft besteht. Unser Umwelt- und Naturschutzamt des Bezirks Marzahn-Hellersdorf gibt hier noch zusätzliche Unterstützung: Sie erhalten dann direkt auf diese Baumart zugeschnittene Informationen.“

Wo kann ich mich melden?

Bewerbung als Baumpaten gern direkt per Post an:

Umweltstadträtin Juliane Witt
Rathaus Marzahn, Helene-Weigel-Platz 8,
12681 Berlin

E-Mail: Juliane.Witt@ba-mh.berlin.de

Filmriss?

**Bündnisblinde Politiker blenden
friedensfeindliche Ursache aus
ohne NATO-Osterweiterung
Versprechensbruch
grellflimmernde Beleidigung Russlands
wäre wohl
Putins Überfall auf die Ukraine
unrealistisch wie Horrorfilm**

Jürgen Riedel

Mit 70 in Rente bei einer 42-Stunden-Woche?

Wer sowas fordert, hat noch nie körperlich gearbeitet! Das meint Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Linksfraction im Bundestag.

Der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Stefan Wolf, hatte mit Blick auf die demografische Entwicklung und die Rentenkassen gefordert, man werde „länger und mehr arbeiten“ müssen. Eine Rente erst ab 70 würde de facto eine deutliche Rentenkürzung bedeuten. Auf dem Bau, in der Pflege und anderen Berufen mit harter körperlicher Arbeit ist es für viele Beschäftigte

zudem jetzt schon kaum möglich, gesund bis zur Rente zu arbeiten. In einer Ausnahmesituation mit explodierenden Preisen hätten die Arbeitgeberverbände eine gesellschaftliche Verantwortung, der sie nachkommen müssen, so Dietmar Bartsch im Deutschlandfunk.

Zumal Menschen wie Stefan Wolf nicht länger und mehr arbeiten werden müssen. Länger und mehr arbeiten müssen Gering- und Mittelverdiener, weil Menschen wie er viel zu wenig von ihrem Reichtum für die Solidargemeinschaft abgeben müssen. DIE LINKE bleibt dabei: Die Rente muss für ein

gutes Leben reichen und den Lebensstandard im Alter sichern. Das ist auch finanzierbar, da unsere Gesellschaft von Jahr zu Jahr reicher und produktiver wird. Nicht die Demografie ist entscheidend für die Finanzierbarkeit, sondern die Entwicklung der Produktivität. Und dass wir endlich eine Rentenversicherung für alle haben: Auch Beamte, Politiker*innen und Selbstständige müssen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Dann klappt's sogar mit einem höheren Rentenniveau (53 Prozent) und der Rente wieder ab 65 bei gleichzeitiger Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze.

Petra Pau: Ost - West, arm - reich

Im Juni 2022 schwelte der Bundesregierung, also SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, die Brust. Man habe die höchste Rentenerhöhung seit Jahrzehnten beschlossen, hieß es, um 5,35 Prozent in West- und um 6,12 Prozent in Ostdeutschland. Das Gros der Medien zollte Beifall. Nur wenige erinnerten daran, dass auch im Jahr 32 der deutschen Einheit Ostdeutsche für dieselbe Arbeit zumeist noch immer weniger Lohn erhalten als ihre westdeutschen Kolleginnen und Kollegen. Was übrigens bedeutet: Wer am 3. Oktober 1990, dem Tag der deutschen Einheit, geboren wurde, hernach im Osten gelernt, studiert und gearbeitet

hat, wird noch 2060 auf dem Rentenbescheid lesen, was sie oder er zeitlebens war: ein*e Ossi, also zweitrangig.

Nun hieß es in der Regierungserklärung weiter, dass sich über diese großartige Rentenerhöhung rund 21 Millionen deutschen Rentnerinnen und Rentner freuen können. Wirklich? Zur selben Zeit wurde bekannt, dass die Inflationsrate durch steigende Preise 7,9 Prozent betrage. Was ja wohl heißt, deutlich über der gelobten Rentenerhöhung. De facto handelt es sich also um ein klares Rentenminus für Millionen Bürgerinnen und Bürger - in Ost und West.

Schlimmer noch: Auch in Corona-Zeiten wurden die Reichen erneut reicher und die Armen zahlreicher. Was sagt die Bundesregierung dazu? Sie brauchen nicht nach kritischen Erklärungen zu suchen, es gibt keine. Das Fatale wird fatal ausgeblendet.

Ja, wir leben in Zeiten mehrfacher Krisen: Corona, der Krieg Russlands gegen die Ukraine, die nahe Klimakatastrophe. Aber warum werde ich das Gefühl nicht los, dass die damit verbundenen Lasten stets von oben nach unten durchgereicht werden, asozial?

Weil es so ist!

Gegen die drohende Gaskrise und drastisch steigende Preise

Die Gaskrise verschärft sich und die Bundesregierung agiert hilflos. Dadurch drohen die schlimmsten sozialen Verwerfungen seit Jahrzehnten. Die Ampel-Parteien beschränken sich auf teils zynische Spartipps, anstatt einen robusten Schutzschirm für Verbraucher und Versorger zu spannen. Dabei müssen die Vorbereitungen für den Heizwinter jetzt getroffen werden.

Wir, Amira Mohamed Ali, Dietmar Bartsch, Janine Wissler, Martin Schirdewan, legen einen Fünf-Punkte-Plan vor, um die Menschen vor Gaspreissteigerungen zu schützen und die Versorgung sicherzustellen.

Erstens: Wir brauchen ein drittes und umfassend wirksames Entlastungspaket. Es muss in der Sommerpause erarbeitet und in der ersten Sitzungswoche des Bundestages verabschiedet werden. Es sollte die Mehrkosten der Bürger tatsächlich ausgleichen. 193 Euro Energiekostenpauschale netto für Durchschnittsverdiener sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir fordern einen sozialen Klimabonus von 125 Euro im Monat pro Haushalt und 50 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen und die sofortige Erhöhung der Sozialleistungen um 200 Euro pro Monat. Das 9-Euro-Ticket muss bis Jahresende verlängert werden.

Zweitens: Wir fordern einen sofortigen Gaspreisdackel! In vielen großen EU-Staaten sind die Gaspreise gedeckelt. Deutschland sollte nachziehen. Derzeit geschieht das Gegenteil. Durch eine Preisanpassungsklausel werden extreme Preisanstiege für Verbraucherinnen und Verbraucher zugelassen. Damit sollte Schluss sein!

Drittens: Strom- und Gassperren müssen gesetzlich verboten werden. Die Ankündigung der Ministerin für Verbraucherschutz, ein Moratorium für Strom und Gassperren im „absoluten Krisenfall“ zu beschließen, geht zwar in die richtige Richtung, reicht

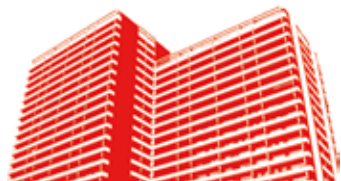
aber nicht aus. Für viele Menschen sind Strom und Gas längst nicht mehr bezahlbar und der „Krisenfall“ Alltag. Zusammen mit dem Verbot von Sperren muss ein bezahlbares Grundkontingent für Strom und Gas für alle gesetzlich garantiert werden. Über den Basisverbrauch hinausgehender Energieverbrauch sollte hingegen teurer werden.

Viertens: Gasversorger, insbesondere Stadtwerke und kommunale Versorger, müssen unterstützt werden. Uniper zeigt, dass die Bundesregierung handeln muss. Das Prinzip „Verluste sozialisieren, Profite privatisieren“ darf nicht gelten. Es ist richtig, Unternehmen zu retten, um einen Kollaps der Versorgung zu verhindern. Der Bund sollte dauerhaft Eigentümer bleiben, um Bürger entlasten zu können. Es gibt in dieser Krise nicht nur Verlierer. Es kann nicht sein, dass der Staat unternehmerische Risiken ausgleicht, während andere Unternehmen Milliardenprofite mit der Krise machen. Über die Abschöpfung durch eine Übergewinnsteuer könnten

Verluste an anderer Stelle gegenfinanziert werden.

Fünftens: Über dieses Sofortprogramm hinaus muss der Ausbau der Erneuerbaren Energien wirksam beschleunigt (insbesondere durch personelle Stärkung der Verwaltungen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren) und mit verlässlichen Ausbaupfaden verbunden werden. Dies beeinflusst schon heute die Wirtschaftlichkeitsrechnungen und Investitionsentscheidungen der Unternehmen und der Haushalte maßgeblich und senkt das Preisniveau z.B. für langfristige Lieferverträge für Energie.





Schwimmen können rettet Leben!

Durch die Pandemie ist die Zahl der Nichtschwimmer*innen gestiegen, da Schwimmkurse nicht stattfinden konnten und die Helmut-Behrendt-Schwimmhalle über längere Zeit geschlossen war. Der Nachholbedarf ist groß, 36 Prozent der Berliner Drittklässler*innen können nicht schwimmen. In Marzahn-Hellersdorf liegt der Anteil noch deutlich darüber.

Laurenz Terl, unser Sprecher für Sport in der BVV, mahnt: „Immer weniger Kinder können schwimmen, und das kann verheerende Folgen haben. Schwimmen können rettet Leben. Jedes Kind hat ein Recht darauf. Denn Ertrinken ist immer noch eine der häufigsten Todesursachen für Kinder.“ Damit sich an diesem nicht hinnehmbaren Zustand schnellstens etwas ändert, haben wir gemeinsam mit den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Tierschutzpartei mehrere

Anträge in der Bezirksverordnetenversammlung gestellt. Wir wollen, dass jetzt in jeder Grundschule erfasst wird, wie viele Kinder in den künftigen 4. und 5. Klassen in unserem Bezirk nicht schwimmen gelernt haben, und dass diesen Kindern die Möglichkeit geschaffen wird, dies im nächsten Schuljahr und in den Ferien nachzuholen. Die Möglichkeit von Schwimmklassenfahrten sollte geprüft werden.



Dazu müssen die Fort- und Weiterbildungskapazitäten für Lehrkräfte deutlich erhöht werden, damit der Schwimmunterricht in den nächsten Schuljahren abgesichert werden kann, noch dazu, weil viele der jetzigen Schwimmlehrer*innen in den Ruhestand gehen.

„Dem Bezirksamt sollte es in Zusammenarbeit

mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und im Bezirk ansässigen Schwimmvereinen gelingen, im Bezirk Marzahn-Hellersdorf Schwimmernkurse nach dem Vorbild des ‚Neuköllner Schwimmbär‘ aufzubauen sowie die dafür notwendigen Hallennutzungszeiten zu organisieren“, so Regina Kittler, Sprecherin für Kultur und Bildung der LINKEN in der BVV Marzahn-Hellersdorf.

Kostenloses WLAN-Angebot fortführen

In der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung wurde unser Antrag auf die Fortführung des kostenlosen WLAN-Angebots „Free-Wifi Berlin“ beschlossen.

„Zum Jahreswechsel war bekannt geworden, dass der vom Senat mit einem Dienstleister geschlossene Vertrag für den Betrieb und Ausbau kostenloser WLAN-Hotspots zu Jahresbeginn auslaufen wird, ohne dass rechtzeitig der Weiterbetrieb abgesichert worden wäre. Auch Marzahn-Hellersdorf profitierte in den letzten Jahren vom Ausbau des kostenlosen WLAN. Viele öffentliche Einrichtungen konnten mit WLAN-Hotspots ausgerüstet werden. Dieses wichtige Angebot, dass auch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht, muss unbedingt weitergeführt werden. Wir fordern deshalb das Bezirksamt auf, bis ein neues reguläres Angebot existiert, eine temporäre Lösung für den Übergang einzurichten“, so Steffen Ostehr, Sprecher der Linksfraktion der BVV für Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung.



Jetzt den Bäckerpfuhl retten!

Hinter dem Anger-Center in Alt-Marzahn liegt ein kleines Gewässer, der Bäckerpfuhl. Schon 2019 wurde darauf hingewiesen, dass dieses stehende Gewässer wichtig für die Reproduktion von Amphibien ist und Sorge getragen werden muss, dass er in niederschlagsarmen Phasen nicht austrocknet. Ein dementsprechender BVV-Beschluss vom Oktober 2019 zur Rettung des Bäckerpfuhls wurde durch das Bezirksamt nicht umgesetzt, es liegt keine Information über eine Bearbeitung vor.

Der Bäckerpfuhl ist aktuell in einem schlechten Zustand und liegt trocken,



es muss nun dringend gehandelt werden.

Die Linksfraktion in der BVV hat deshalb erneut einen Antrag zur Rettung des Bäckerpfuhls gestellt, der in den zuständigen Ausschuss überwie-

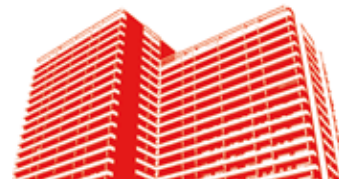
sen und dort weiter beraten wird.

„Das Bezirksamt muss schnell Maßnahmen ergreifen, um den Bäckerpfuhl zu stabilisieren und vor dem völligen Austrocknen zu bewahren. Es sollte unter anderem mit dem Besitzer des Anger-Centers sprechen, dass das Regenwasser des Gebäudes in das Gewässer eingeleitet wird. Dies wurde unverständlicherweise damals bei dem vom Bezirksamt geschlossenen städtebaulichen Vertrag mit dem Besitzer des Anger-Centers nicht berücksichtigt“, so Bjoern Tielebein, Sprecher für Stadtentwicklung

Handy am Bett!

Chef klingelt
Profitier schläft nicht

JANINA NIEMANN-RICH



Verkehrsberuhigung für den Kiez - Nachbarschaftsdialog im Münsterberger Weg ermöglichen

Im Münsterberger Weg entsteht auf der ehemals gewerblich genutzten Fläche gegenüber dem Vivantes Klinikum Kaulsdorf ein neues Wohnquartier, welches laut BUWOG im Sommer 2024 bezugsfertig sein soll.

„Das Wohnungsbauvorhaben wird voraussichtlich mit einer Zunahme des motorisierten Individualverkehrs im Wohngebiet einhergehen. Weiterhin ruft das Bauvorhaben deutliche Kritik in der Nachbarschaft hervor. Daher bietet es sich an, das Instrument eines Nachbarschaftsdialogs zu nutzen, um Anwohnende, Vorhabenträger und weitere Akteure des Wohngebiets an einen Tisch zu bringen und mögliche Konflikte und Lösungen dieser zu diskutieren“, so Bjoern Tielebein, Sprecher der Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf für Stadtentwicklung.

Aus diesem Grund hat die Linksfraktion einen Antrag in der BVV gestellt, dem sich die Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen angeschlossen haben.

Wir möchten, dass das Bezirksamt zusammen mit den Anwohnerinnen und Anwohnern geeignete

Maßnahmen entwickelt um dem in Zukunft voraussichtlich erhöhten Verkehrsaufkommen entgegenzuwirken. Geeignete Maßnahmen könnten zum Beispiel das Ausweisen verkehrsberuhigter Straßen und Einbahnstraßen sein. Auch das Konzept von Kiezblocks könnte in diesem Wohngebiet ein interessanter Ansatz sein.

In diesen Nachbarschaftsdialog sollte nach Möglichkeit auch die BUWOG mit einbezogen werden.

„Unser Antrag wurde in den zuständigen Ausschuss überwiesen und wir hoffen, dass dort die weiteren Beratungen positiv verlaufen“, so Bjoern Tielebein abschließend.



1000 Bäume für Marzahn-Hellersdorf

In unserem Bezirk schwinden leider die Bäume. Um diesen negativen Trend aufzuhalten und die Baumbilanz wieder etwas positiver ausfallen zu lassen, haben wir gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag gestellt, in dem wir das Bezirksamt ersuchen, zusätzlich zur regulären Nachbepflanzung mindestens 1000 Bäume zu pflanzen. Dies soll unter Berücksichtigung der Beschlüsse zu „Essbarer Stadt“ und Baumpatenschaften und mit der Beteiligung der Bürger*innen geschehen.

Bäume haben wichtige Funktionen für Natur und Umwelt, sie kühlen das Mikroklima ab, bieten Lebensraum für zahlreiche Tierarten und fördern allgemein das Wohlbefinden. Es ist also dringend notwendig, dass wir daran arbeiten, die Baumbilanz zu verbessern. Deshalb muss auch überprüft werden, an welchen zusätzlichen Standorten Bäume gepflanzt werden können, denn nur durch neue Bepflanzungen in Parks und Grünanlagen kann das Ziel von 1000 neuen Bäumen nicht erreicht werden.

„Allein durch Bauprojekte und Pflegemaßnahmen in den Grünanlagen des Bezirks sind in den vergangenen Monaten mehr als 1000 Bäume gefällt worden. Bäume sind die grüne Lunge unseres Bezirks, und das Bezirksamt muss

nun schnell aufforsten. Dies kann und sollte mit der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürgern in Marzahn-Hellersdorf geschehen. Diese sollten die Möglichkeit für die Übernahme von Baumpaten-



schaften bekommen oder selbst Bäume spenden und pflanzen können“, so Bjoern Tielebein, Sprecher für Stadtentwicklung und Vorsitzender der Linksfraktion.

Kontakt zu uns:

**Linksfraktion
Marzahn-Hellersdorf**

**Helene-Weigel-Platz 8, 12681
Berlin**

**Telefon: 030 902935820
fraktion@dielinke-marzahn-
hellersdorf.de
www.linksfraktion-marzahn-
hellersdorf.de**

Facebook:

LinksfraktionMarzahnHellersdorf

Twitter: LinksfraktionMH

Instagram: dielinke_mahe

Nächste BVV-Sitzung:

19. August 2022, 17:00 Uhr

Livestream unter:

**[https://www.videotron.de/
marzahn-hellersdorf/](https://www.videotron.de/marzahn-hellersdorf/)**

Kristian Ronneburg (MdB):

9-Euro-Ticket bis Jahresende verlängern und 365-Euro-Ticket einführen!

Das 9-Euro-Ticket ist trotz vieler Herausforderungen und Probleme hinsichtlich der Kapazitäten im Schienenverkehr eine der wenigen sinnvollen Maßnahmen der Bundesregierung aus dem „Energieentlastungspaket“. Der Zugang zum Nahverkehr ist für viele Menschen so einfach wie nie, sowohl was den Preis als auch bisherige Tarifgrenzen angeht. Nachweislich hat das Ticket auch in vielen Städten zu weniger Stau geführt. Es muss fortgesetzt werden, denn die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zeigt, dass wir jetzt die historische Chance für eine Preis- und Zugangsrevolution zum öffentlichen Nahverkehr in Deutschland haben. Gleichmaßen müssen wir die Beschäftigten und die Infrastruktur der Bahn in den Blick nehmen. Investitionen in die Infrastruktur müssen schneller umgesetzt und auskömmlich finanziert werden.

Die Begrenzung des Tickets auf den Sommer birgt die Gefahr eines Strohfeuers und später Ernüchterung, wenn nach Auslaufen der Bundesförderung die Bundesländer und Verkehrsunternehmen aufgrund steigender Kosten im Frühherbst Tarifanpassungen beschließen müssten. Erhöhungen der



Ticketpreise nach Auslaufen des 9-Euro-Tickets wären ein Bärendienst für die Verkehrswende. Es braucht daher weiterhin den öffentlichen Druck auf die Bundesregierung, jetzt nicht nachzulassen, sondern das Ticket dauerhaft zu unterstützen und attraktive Fahrpreise zu ermöglichen. Lange hat sich die FDP strikt gegen die Fortführung des

9-Euro-Tickets gewehrt. Mittlerweile hat sich der politische Druck ausgezahlt und eine Fortführung wird nicht mehr infrage gestellt. Nun aber sollen die Länder die Kosten mittragen, und dabei sind alle wesentlichen Fragen noch offen, z.B. welches Ticket künftig angeboten werden und wie hoch der Länderanteil an der Finanzierung der Kosten sein soll.

DIE LINKE fordert, dass das 9-Euro-Ticket zunächst bis Jahresende verlängert wird. Bis dahin haben die Bundesregierung, die Bundesländer, Kommunen und Verkehrsunternehmen Zeit, ein Nachfolgeticket, das ab dem 1.1.2023 gelten soll, zu entwickeln. Wir fordern den Bund auf, attraktive Angebote wie ein 365-Euro-Ticket dringend zu prüfen. Ein solches Ticket kann der Bund zum Beispiel durch eine Übergewinnsteuer finanzieren. Spanien macht uns das gerade vor, denn die spanische Regierung macht mit diesen Mitteln gerade den Nah- und Regionalverkehr für die Spanier kostenlos. Auf Initiative der LINKS mitregierten Bundesländer wurde die Übergewinnsteuer eingebracht, die der Bundesrat leider abgelehnt hat. Das sollte nicht das letzte Wort sein.

Das sollte nicht das letzte Wort sein.

Es ist Sommer – natürlich darf das Thema Freibad nicht fehlen!

Es ist fast schon Tradition, dass gerade im Sommer über das Freibad oder besser gesagt das fehlende Freibad im Bezirk diskutiert wird.

Die Kurzfassung: Zwei Standorte, davon einer der favorisiert wird, wurden in der vergangenen Wahlperiode ausgewählt, einer wurde favorisiert: der Jelena-Santic-Friedenspark. Das Bezirksamt hat im Herbst 2021 ein Bebauungsplanverfahren gestartet. Hierbei werden alle notwendigen Untersuchungen durchgeführt mit dem Ziel, den Bau des Bades zu ermöglichen. Parallel müssen nun die Berliner Bäderbetriebe ein sogenanntes Bedarfsprogramm beauftragen, bei dem genau ermittelt wird, was für ein Bad in welcher Größe und mit welchen Angeboten gebaut werden soll. Danach muss die Finanzierung geklärt werden. Der CDU-Bundestagsabgeordnete aus Marzahn-Hellersdorf hatte im Wahlkampf ja versprochen, dass er die notwendigen Mittel vom Bund besorgen wird. Wir setzen darauf, dass dieses Versprechen eingehalten wird.

nicht wahrhaben wollen. Anstatt ernsthaft Möglichkeiten auszuloten, ein Baden in den Seen offiziell zu ermöglichen, wurde als Höhepunkt dieser Missachtung der Bürgerinnen und Bürger



Auch ein steiniger „Strand“ hält Badelustige nicht ab.

Aber zur Realität gehört auch dazu, dass die Menschen in Marzahn-Hellersdorf seit Jahrzehnten bereits im Biesdorfer Baggersee und in den Kaulsdorfer Seen im Sommer baden. Immer wieder hat das Bezirksamt dies offenbar

im vergangenen Jahr durch die damalige CDU-Bezirksstadträtin Zivkovic das Ufer des Biesdorfer Baggersees mit 90.000,00 Euro teuren Steinen ver-

sperrt. Hinzu kam die Forderung der CDU nach vollständiger Abriegelung des Sees und dem Einsatz eines Sicherheitsdienstes. Die BVV hat dieses Verhalten erst kürzlich deutlich gerügt. Vom Baden lässt sich niemand durch die Steine abhalten. Jetzt ist es durch die Steine nur gefährlicher geworden.

SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen wollen diesen Irrweg der Vergangenheit beenden. In unserer Vereinbarung zur Zusammenarbeit haben wir verabredet, dass konkrete Maßnahmen vom Bezirksamt erarbeitet werden sollen, um das Baden in den Seen zu ermöglichen. Hierzu gehört auch eine regelmäßige Qualitätsprüfung des Wassers. Im Biesdorfer Baggersee gibt es beispielsweise nur dann ein Problem, wenn nach Starkregenereignissen Regenwasser in den See geleitet werden muss. Das war vor fünf Jahren das letzte Mal der Fall.

Nur wenn endlich anerkannt wird, dass die Seen im Bezirk zum Baden genutzt werden, kann auch angemessen mit den damit verbundenen Problemen – u.a. Müll, Lärm, Sicherheit der Badenden – umgegangen werden. Denn auch ein Freibad in Hellersdorf wird nicht dazu führen, dass junge und ältere Menschen auf das Baden in den Seen des Bezirks verzichten werden.

BJOERN TIELEBEIN

Erfurter Parteitag 2022

Auf dem Parteitag wurden Janine Wissler und Martin Schirdewan zu den neuen Parteivorsitzenden gewählt. Wir gratulieren außerdem Katina Schubert, Jana Seppelt, Ates Gürpınar und Lorenz Gösta Beutin, die zu den stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt wurden. Harald Wolf bleibt Bundesschatzmeister. Tobias Bank ist zum neuen Bundesgeschäftsführer der LINKEN gewählt worden. Wir gratulieren den neugewählten Mitgliedern des Parteivorstandes! Weitere Informationen unter: <https://www.die-linke.de/>



Ortsverbände sind gegründet

Im Mai und im Juni konstituierten sich erfolgreich 5 Ortsverbände (OV). Damit fand ein Prozess seinen Abschluss, der mit einem Beschluss der 4. Tagung der 4. Hauptversammlung am 13. Juni 2015 startete. Die OV sollen hier kurz vorgestellt werden.

	Name OV	Vorstand*	Lokalisierung/Grenzen**
OV 1	Marzahn-NOW	Ursula Petzsch <u>Fritz Gläser</u> <u>Uwe Wollmerstädt</u>	West/Nord/Ost: Bezirksgrenze Süd: Mehrower Allee/Blumberger Damm/Landsberger Allee
OV 2	Marzahn-Mitte	Sarah Fingarow <u>Gisela Höbbe</u> Manuela Schmidt <u>Frank Prowe</u>	West: Bezirksgrenze Nord: wie Südgrenze OV 1 Ost: Wuhle/Wuhleweg Süd: Elisabethstraße /Poelchaustraße
OV 3	Biesdorf/Springpfuhl/ Friedrichsfelde-Ost	Kerstin Trögel <u>Philipp Trögel</u> Markus Wollina Markus Berg	Nord: wie Südgrenze OV 2 West: Bezirksgrenze Ost: Wuhle + Ortsteilgrenze Biesdorf Süd: Bezirksgrenze
OV 4	Hellersdorf	Marina Richter-Kastschajewa Renate Schilling Frank Beiersdorf Klaus-Jürgen Dahler	West: Wuhle nach Nord bis Landsberger Allee Nord: Bezirksgrenze bis Mahlsdorfer Str. Ost: Bezirksgrenze bis Ecke Riesaer/Mahlsdorfer Str./ Ingolstädter/Uckermarkstr. Süd: Gülzower/ Altentreptow
OV 5	Kaulsdorf/Mahlsdorf	Stefanie Wagner-Boysen Laurenz Terl	Nord: Greifswalder bis Dahlwitzer Str. / Bezirksgrenze Ost: Bezirksgrenze bis Kumberger Weg Süd: Bezirksgrenze Köpenick-Treptow West: Wuhle nach Nord bis S-Bahn

*- Sprecher unterstrichen

** - ungefähr. Eine genaue Karte liegt GST vor.

Der Bezirksvorstand gratuliert allen gewählten Mitgliedern der neuen Ortsverbände und freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit ihnen. Im Sommer sind dazu als Auftakt Treffen mit allen Ortsvorständen geplant.

Außerdem wurden Delegierte und Ersatzdelegierte zur 8. Hauptversammlung gewählt, die vom Bezirksvorstand für den 17. September 2022 ins Cabuwazi einberufen wurde. Marzahn-NOW entsendet 10 Delegierte (11 möglich) und Marzahn-Mitte 13 (von 13). Biesdorf/Springpfuhl/Friedrichsfelde-Ost hat 19 (von 21) Delegierte gewählt. Aus Hellersdorf kommen 15 (von 15) und aus Kaulsdorf/Mahlsdorf 8 (von 11) Delegierte. Nachwahlen von weiteren Delegierten zum Ausschöpfen der Mandatsanzahl sind weiterhin möglich. Das gilt auch für nicht besetzte Vorstandsplätze.

UWE WOLLMERSTÄDT

„Den Regierungen und herrschenden Klassen muss gezeigt werden, dass heutzutage ohne das Volk und gegen das Volk keine Kriege mehr geführt werden können.“

Am 28. Juli 1914 Forderung Rosa Luxemburgs
(*5.3.1871; ermordet 15.1.1919)

Veranstaltungen

Kochshow

» 17.8., 16 Uhr, Marzahner Promenade, mit Manuela Schmidt (MdA)

Rotes Sofa

» 19.8., 20 Uhr, Helene-Weigel-Platz, Tangonacht mit Anatol Wendler und Isabell Neuenfeldt; es laden ein: Regina Kittler (BVV) und Manuela Schmidt (MdA)

Suppenaktion

» 20.8., Helene-Weigel-Platz, Aktion des DRK

Kochshow

» 24.8., 12 Uhr, Plaza Marzahn, mit Manuela Schmidt (MdA) und Bjoern Tielebein (BVV)

Politik isst Wurst

» 30.8., 16-18 Uhr, Ecke Torgauer Str./ Schkeuditzer Str. (Theaterplatz), mit Politiker*innen aus dem Abgeordnetenhaus und der BVV

Weltfriedenstag

» 1.9., am Peacezeichen, Jelena-Santic-Friedenspark, weitere Informationen unter www.dielinke-mahe.de

Rotes Sofa

» 2.9., 18 Uhr, Helene-Weigel-Platz, Buchlesung und Gespräch mit Hellmuth Henneberg; es laden ein: Regina Kittler (BVV) und Manuela Schmidt (MdA)

Schöner leben ohne Nazis

» 3.9., 14-19 Uhr, Alice-Salomon-Platz

Drachenfest

» 4.9., 15-17 Uhr, Drachenfest des Ortsverbandes (OV) Biesdorf, Friedrichsfelde-Ost, Springpfuhl, auf den Wiesen am Zirkusspielplatz, 12683 Berlin

Kochshow

» 6.9., 17 Uhr, Barnimplatz, »Deckel drauf!«, Kochshow mit Bjoern Tielebein

Hinten links: Grundsteuer zahlt ein jeder

Nicht nur die Grundbesitzer, die großen genauso wie die kleinen von Eigenheimen und Eigentumswohnungen ..., sondern auch jede*r Mieter*in.

Diese Betriebskostenart (als für sie durchlaufende Posten) legen die Immobilienhaie ebenso wie die kommunalen Wohnungsgesell- und die Genossenschaften sowie privaten Vermieter auf die Mieter um – in Deutschland Recht und Gesetz. Dieses Steuergeld geht an die Kommunen – die sind in aller Regel knapp bei Kasse.

Ab dem 1. Juli bis 31. Oktober haben die Grundbesitzer ihre Feststellungserklärung dem zuständigen Finanzamt zu geben.

Das erlässt daraufhin die Grundsteuerwertbescheide zum 1. Januar 2022 sowie die Grundsteuerermessbescheide zum 1. Januar 2025.

Auf deren Basis erlassen die Städte und Gemeinden 2025 die Grundsteuerbescheide. Diese erst begründen dann die Zahlungsverpflichtung.

In den neuen Bundesländern liegt die letzte Einheitswertberechnung der Immobilien weit zurück im Jahr 1935; in der alten BRD 1964 – alle Deutschen wissen: Die Immobilienwerte sind seither sehr stark gestiegen.

Das Gesetz gilt bundesrechtlich einheitlich – doch will jetzt die Reform den Ländern und Kommunen freiere Hand nicht nur für die Hebesätze geben – was aus der bundeseinheitlichen Gesetzgebung eine regional und lokal sehr unterschiedlich handhabbare Rechtslage entstehen lässt.

Ganz klar, in welchen Regionen die Politiker eine solche Möglichkeit, mehr Geld abzuschöpfen, am meisten nutzen werden ...

Wie immer trifft auch diese Gesetzreform primär die kleinen Leute – Wohnen wird noch teurer.

Frage:

Wie agiert DIE LINKE im Interesse der Mieter und kleinen Eigenheimer, um die vorhersehbaren Ungerechtigkeiten zu mildern und gleichzeitig bei der Vermögenssteuer nachzuhaken?

R. RÜDIGER

Bezirksvorstand

» 23.8., 13.9. jeweils 19 Uhr, per Videokonferenz

Hauptversammlung

» 17.9., 10 Uhr, Zirkus Cabuwazi, Otto-Rosenberg-Straße 2, Hauptversammlung, u.a. Wahl des Bezirksvorstands und der LPT-Delegierten

Landesparteitag (LPT)

» 24.9., 10 Uhr, Vienna House Andel's Berlin, Landsberger Allee 106, u.a. Nachwahl eines Landesvorstandsmitgliedes auf der gemischten Liste und Beratung von Anträgen und satzungsändernden Anträgen

Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» 24.8., 10 - 12 Uhr, Wahlkreisbüro, Henny-Porten-Str. 10-12, und 14 -16 Uhr, STZ Mosaik, Altlandsberger Platz 2, 12685 Berlin, telefonische Anmeldung bitte unter: 030 99289380

Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdA)

» Tel: 030 54980323, E-Mail: buerer@dr-manuela-schmidt.de, Sprechstunde: nach persönlicher Vereinbarung

Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdA)

» jeden 1. + 3. Mittwoch im Monat von 16 - 18 Uhr, Voranmeldung unter Telefon: 030 47057520 / mobil: 0176 77212140, E-Mail: volkert@wk.linksfraktion-berlin.de

Sprechstunden im Wahlkreis 1

» 24.8. und 28.9., 18-20 Uhr, Golferia, Wittenberger Str. 50, mit Bjoern Tielebein, vorherige Anmeldung erbeten, per E-Mail: kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de oder tel. zu den Öffnungszeiten der BVV-Fraktion, s.u.

BVV-Fraktion

» Unser Büro ist montags und donnerstags zwischen 12 und 14 Uhr besetzt. Bitte schreiben Sie uns in dringenden Fällen eine E-Mail oder rufen Sie uns an. Bitte beachten Sie weiterhin, dass es bei der Beantwortung Ihrer Anfragen mitunter zu Verzögerungen kommen kann. Wir bitten um Ihr Verständnis. E-Mail: kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de Telefon: 030 902935820 | 0170 8622128 | 0170 5374824. Weitere Infos unter: <https://www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de/aktuelles/aktuell/>

www.dielinke-mahe.de

Abgeordnetenbüros

» **Petra Pau** (MdB), Telefon: 030 99289380, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, 12627 Berlin

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), Telefon: 030 54980323, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg** (MdA), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12,

12627 Berlin, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

Unsere	Montag:	10 - 17 Uhr
Öffnungs-	Dienstag:	13 - 17 Uhr
zeiten:	Donnerstag:	13 - 18 Uhr
	Freitag:	10 - 13 Uhr

Impressum Marzahn-Hellersdorf *links*

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

Layout: Yvette Rami; **Fotos:** DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf, Pixabay, Linksfraktion im Bundestag, DIE LINKE. Berlin, F. Blank, M. Volkert, B. Tielebein, F. Gläser

Anschrift der Redaktion: c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Telefon: 030 5412130, Telefax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-mahe.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 08.08.2022, **Auslieferung ab 11.08.2022**

Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH

Die nächste Ausgabe erscheint am 08.09.2022 (Anlieferung aus Druckerei).